

LeserInnenbrief

Konspirative Versammlung an der Uni HD!

Die Organisation der letzten Frauen-„VV“ der Uni HD war durchaus interessant: zum Beispiel wurde es den Frauen aus dem Neuenheimer Feld sehr schwer gemacht, überhaupt von der „VV“ zu erfahren. Die sonst bei irgendwelchen größeren Versammlungen üblichen Ankündigungen in der Mensa oder an den Schwarzen Brettern der verschiedenen Fachschaften und Initiativen fehlten (fast) ganz. Das heißt, es gab gerade mal ein einziges Plakat, das gut versteckt im Theoretikum in Bau 306 neben HS1 hing. Es erregte aber kaum Aufmerksamkeit, außer vielleicht bei den Leuten, die gerade in diesem Hörsaal Vorlesungen besuchten.

Angeblich sollen ja tatsächlich gedruckte Plakate zu dieser Veranstaltung existiert haben, aber trotz unseres inzwischen hochentwickelten Transportwesens ist es anscheinend nicht gelungen, jene ins Neuenheimer Feld zu bringen.

Wir konnten allerdings nicht herausfinden, ob dies an der mangelhaften Organisation der Veranstalterinnen oder des Kastras liegt, am wahrscheinlichsten ist es aber, daß die Frauen im Neuenheimer Feld einfach vergessen wurden.

Durch Zufall sahen doch noch einige Nicht-Medizinerinnen dieses eine Plakat. Als sie abends zu der auf diesem einen Plakat angegebenen Uhrzeit an dem angegebenen Ort erschienen, mußten sie al-

lerdings feststellen, daß die „VV“ schon vor einigen Stunden stattgefunden hatte. Klarerweise fühlten sich die anwesenden Frauen absolut verarscht.

Auch diese plötzliche, nicht bekanntgemachte Terminänderung ist ein Zeichen einer merkwürdigen Organisation und eines seltsamen Selbstverständnisses einer VV. In dieses Bild paßt, daß auch später nichts von den Inhalten und Beschlüssen der konspirativen Versammlung an die (Frauen-) Öffentlichkeit drang.

Wir würden vorschlagen, daß in Zukunft bei ähnlichen Veranstaltungen folgendes in Betracht gezogen wird:

- die Verteilung der Plakate mit dem richtigen Termin und dem richtigen Ort geschieht über die FSK durch die Fachschaften
- bei Frauen-Veranstaltungen sollten interessierte Frauen aus dem Neuenheimer Feld (deren Adressen im Kastras vorhanden sein müssen) direkt angesprochen werden, damit diese die Infos weiterleiten können
- Inhalte und Beschlüsse einer solchen Versammlung sollten irgendwo veröffentlicht werden, so daß Frauen, die –aus welchen Gründen auch immer– nicht kommen konnten, sich über die Versammlung informieren können

Angelica + Ina

Jetzt ist "SENSE" Blutdurst des Finanzreferats

Die Finanzreferentin ist hauptsächlich damit beschäftigt, Anträge und Formulare auszufüllen, einzureichen und zu begründen. Diese Papiere müssen dann teilweise in mehrfacher Ausfertigung zu den richtigen Leuten bei den rechten Stellen grauen Verwaltungsbeamten

vorgelegt werden. Die festgefahrenen Bahnen, in denen diese Männer denken, sind jeder Ausnahme und Spontaneität abhold! Manchmal ist es geradezu tödlich, so daß es dann zu folgenden Dialogen kommt, oder kommen wird ...

"Grüß Gott, ich bin der Tod!"

"Sie waren aber noch nie hier, stehen sie auf der Unterschriftenliste?"

"Ich bin der finstre Sensemman!"

"So sehen sie auch aus, also waschen könnten sie sich auch mal wieder; riecht plötzlich alles so modrig hier, aber Reinigungsmaterial geben wir nur Di und Do aus. Was wollen sie denn jetzt?"

"Ich will SIE holen!"

"Mich, ha ha, sie Witzbold, also Schluß mit den Scherzen; welche Bestellnummer hat "SIE" denn?"

"Ich bestimme die Nummer! Ich bin der finstre Sensemman!"

"Hach, sie sind ja lustig. Ist denn heute Halloween bei den Amis?"

"Ich bin der finstre Sensemman und bin nicht von dieser Welt!"

"Ja, ja, die Studis. Total abgedreht. Ihr solltet weniger kiffen und bess're Klamotten tragen als dieses schwarze Gruftzeugs."

"Ich bin da, um sie zu holen."

"Sie kriegen alles, aber nur mit Bestellschein ihres Instituts. Haben sie jetzt einen oder nicht?"

"Ich brauche nichts zu bestellen, denn ich hole nur ab!" (Der Sensemman fuchtelt bedrohlich mit seiner Sense...)

"Jetzt aber raus hier. Wo sind wir denn. Wir sind doch nicht das Hilfswerk für Minderbemittelte, auch wenn wir hier im Keller der Neuen Universität sitzen, klar! Wir geben nichts für Leute, die sich wieder ihren Bauchladen auffüllen wollen. Kاپto!?"

RESOLUTION DER FSK

Die Fachschafftskonferenz Heidelberg verurteilt als Studierendenvertretung die Behandlung der SchulabgängerInnen aus den östlichen Bundesländern durch die Landesregierung Baden-Württemberg. Eine in der DDR erworbene Hochschulzugangsberechtigung ist im Westen nicht ohne weiteres gültig, sondern erfordert eine zusätzliche Anerkennung durch bundesdeutsche Institutionen. In Baden-Württemberg sind für diese Anerkennung die Oberschulämter zuständig. Trotz genauer "Umschreibe-Kataloge", die eine zügige Erledigung der Anträge ostdeutscher SchulabgängerInnen ermöglichen müßten, erfolgt die Bearbeitung bislang sehr schleppend. Viele Anträge, die bereits unmittelbar nach der Öffnung der Berliner Mauer gestellt wurden, sind bis heute noch nicht bearbeitet worden. Ein Angebot der Universitätsverwaltung Heidelberg, die Oberschulämter bei der Antragsbearbeitung zu entlasten, wurde abgeblockt.

Die Vermutung liegt nahe, daß sich das Land die zusätzlichen StudienbewerberInnen möglichst lange vom Hals halten möchte. Es gibt weder rechtliche noch sonstige Gründe für die plötzliche Einrichtung eines politisch-geographischen NC. Diese Benachteiligung ist ein weiteres Beispiel für das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit der deutschen Wiedervereinigung. Der Versuch, die Überlastung der Hochschulen durch Zugangsbeschränkungen und Elitenstudium in den Griff zu bekommen, statt das Lehrangebot durch strukturelle und personelle Verbesserungen auszubauen, ist altbekannter Standard konservativer Bildungspolitik. Die Fachschafftskonferenz Heidelberg fordert die Landesregierung auf, mit der Benachteiligung von OstabiturientInnen Schluß zu machen. Chancengleichheit für SchulabgängerInnen aus Ost und West!

Gerals beliebter Termin-Extrakt

Veranstaltungen/Aktionen

- + Michael Schoners: "Deutschland ganz rechts", Heuscheuer II, 11.12., 19:30
- + IPPNW: Gruppe in Heidelberg stellt sich vor, INF 327, SR 4, 12.12., 19:00
- + Demo gegen Militäreinsatz am Golf, Treffpunkt am Adenauerplatz, 15.12., 14:00
- + Multikulturelles Frühstück im Kastras, Lauerstr. 1, 15.12., 11:00
- + Frauen-AK zur Methodenkritik in den Sozialwissenschaften (Studentinnen und Dozentinnen), Psych. Institut, Gruppenraum, 13.12., 18:00
- + Stauaktion der BUND-Jugend gegen zuviele Autos in der Stadt, Bismarckplatz, 21.12., 15:30

Feten

- + Philosophie, Kantsaal, 5.12.
- + Soziologie, Triplex, 6.12.
- + Geographie, ???, 7.12.
- + IOD, IOD, 13.12.
- + Ethnologie, SAI, INF 330, 13.12.
- + Pharmazie, Aula am Klausenpfad (INF 684), 14.12.

(Wie immer ohne Gewähr)

Gewalt gegen Lesben

Gewalt gegen Frauen. Ein schier unerschöpfliches Thema in unserer Gesellschaft. Sexistische/frauenverachtende Werbung, sexuelle Belästigung, Vergewaltigung und die Darstellung der Frau als immer verfügbares Objekt zur Befriedigung männlicher Gelüste. Fast jeden Tag berichten die Medien etwas zu diesen Themen. Wir wissen also alle (egal, was man davon hält), daß diese Gewalt existiert, wie sie ich äußert und wie Frauen damit "zurechtkommen" bzw. dagegen ankämpfen. Was aber wissen wir über Gewalt gegen Frauen, die Frauen lieben, die also nicht "nur" wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit, sondern auch noch wegen ihrer Lebensweise diskriminiert werden?

Die Gewalt gegen Lesben ist vielschichtiger, zum Teil subtiler, aber genauso verletzend und demütigend. Zunächst einmal ist lesbische Liebe immer noch ein Tabu, obwohl immer mehr Frauen offen lesbisch leben. In der "normalen" Heterogesellschaft existieren massive Vorurteile Lesben gegenüber. Das beruht auf dem Totschweigen der Existenz lesbischer Lebens. Darauf bauen viele Demütigungen in der Öffentlichkeit. Stellen wir uns folgende Szene vor: Eine Gruppe lesbischer Frauen, einige Pärchen darunter, die Arm in Arm laufen, gehen abends in der Innenstadt mannhelms spazieren. Sie passieren einen Trupp Jugendlicher (mit Bomberjacken, Springerstiefeln etc.). Die Jugendlichen (darunter kein

Mädchen!) beobachten die Frauen. Und fangen an zu pöbeln. Was wollen die denn hier?" "Die gehören doch nur mal alle richtig durchgeflekt." "Hey Kleine, soll ich Dir's besorgen? Ich hab was, was die Tussi nicht hat" Solche und ähnliche Aufforderungen gehören für Lesben fast schon zum Alltag. Viele Männer (egal ob jugendlich oder erwachsen) sehen in lesbischen Frauen eine Herausforderung. Denn lesben sind Frauen, die zeigen, daß sie keinen Mann brauchen und folglich sehr gut ohne die Hälfte der Bevölkerung auskommen könnten. Genau das wurmt jene Hälfte, Frauen, die sich sexuell und emotional Männern "entziehen", stellen die männliche Potenz in Frage. Und die muß natürlich bewiesen werden. Nicht nur verbal. Vergewaltigung lesbischer Frauen als "Bekehrungsversuch" ist nicht so abwegig, wie sie scheint.

Doch nicht nur die Mitglieder unserer lebenswerter Gesellschaft diskriminierter Lesben. Auch von staatlicher Seite ist Gewalt gegen Lesben nicht unüblich. So ist es lesbischen Paaren nicht möglich, zu heiraten und damit auch in den Genuß verschiedener Steuervorteile zu kommen. Lebt ein lesbisches Paar zusammen, eine der Partnerinnen wird arbeitslos oder muß von Sozialhilfe leben, so ist die Verdienende dazu verpflichtet, für den Unterhalt der Lebensgefährtin und deren Kinder aufzukommen, wobei sie das allerdings nicht von der Steuer abset-

zen kann. Und selbst, wenn ein Paar notariell festlegt, daß nur die Partnerin ein Entscheidungsrecht in Notfällen (z.B. bei Operationen o.ä.) hat, kann die Familie jederzeit dieses Entscheidungsrecht an sich reißen. Auch hat die Lebensgefährtin kein Besuchsrecht, falls ihre Freundin in den Knast muß. ebenso gilt bei lesbischen Paaren nicht das Recht zur Aussagenverweigerung (nur Familienangehörigen erlaubt).

Mittlerweile schießt die Diskriminierung sogar aus den eigenen Reihen. In den USA kommt das "Outing" in Mode. Prominente Homosexuelle werden in Schwulen/Lesbenzeitungen namentlich aufgeführt, auch gegen deren Willen. Das bringt zwar neue Vorbilder und Identifikationsmöglichkeiten für homosexuelle Jugendliche, die frage ist aber, ob wir versteckt lebende Lesben und Schwule zwingen dürfen, an die Öffentlichkeit zu treten. Es ist wichtig und notwendig, daß mehr von uns ihre lesbische/schwule Lebensweise offen legen, aber die Wenigsten können sich das leisten. Nicht wir Lesben und Schwule müssen uns ändern, sondern die Denkschemata unserer Gesellschaft müssen verändert werden. Das geht aber am besten, wenn sich so viele wie möglich der Öffentlichkeit stellen. ein Teufelskreis?

Barbara Hüther

IPPNW: Gruppe in Heidelberg stellt sich vor

Für politisch interessierte Medizinstudentinnen, die sich weniger mit uni- als mit allgemeinpolitischen Themen auseinandersetzen wollen, gibt es an der Universität recht wenige Adressen. Seit dem Wintersemester '86/'87 existiert in Heidelberg eine Studentinnengruppe der Internationalen Ärzte für die Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW). Die Gruppe, die aus StudentInnen verschiedener Semester besteht, beschäftigt sich in erster Linie mit friedenspolitischen Themen wie Rüstung, Zivilschutz, Chemiewaffen und Atomtests, aber auch mit Fragen zur Medizin im Nationalsozialismus, zur Atomenergie und zum Katastrophenschutz. Zu diesen Themen hat die Gruppe Seminare, Podiumsdiskussionen und anderen Veranstaltungen organisiert, teilweise in Zusammenarbeit mit Ärzten der IPPNW. Bei mehreren Gelegenheiten ergaben sich Kontakte zu IPPNW-Studentinnengruppen anderer Universitäten im In- und Ausland.

Am Mittwoch, dem 12.12. möchten wir unsere Arbeit und die Möglichkeiten innerhalb der IPPNW vorstellen. Wer glaubt, daß sein Studium ohne politische Diskussion (und Aktion) kein Studium ist, sollte sich die Sache nicht entgehen lassen.

ORT: INF 327 SR 4
ZEIT: Mi, 12.12., 19.00

Kontaktadresse: Helmut Lohrer
Brunnengasse 20
69 HEIDELBERG
Tel.: 22158

Kein Blut für Öl - Verhandeln statt Krieg

Seit einigen Wochen demonstriert die IPPNW gemeinsam mit anderen gegen einen Militäreinsatz am Golf, indem sie vom Adenauerplatz zum Headquarter der NATO nach Rohrbach marschiert. Bei der letzten dieser Demos wurde dieser Brief von allen Teilnehmern unterzeichnet und, nachdem eine direkte Übergabe gescheitert war, an den Oberbefehlshaber geschickt. Die nächste Demonstration findet am Samstag, dem 15.12. um 14.00 statt, Treffpunkt am Adenauerplatz.

Offener Brief an NATO-Oberbefehlshaber

An den Oberbefehlshaber der NATO-Truppen im Hauptquartier Heidelberg

Kein Blut für Öl - Verhandeln statt Krieg

Sehr geehrte Herren,

Heidelberg, den 17.11.90

in diesen Tagen bereiten sich die USA und ihre Partner in der NATO mit Truppenaufmarsch und Waffentransport massiv auf einen Krieg am Golf vor.

Wir bitten Sie:

Seien Sie sich darüber im Klaren, was ein moderner Krieg mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen bedeutet. Sie sind mitverantwortlich für jeden getöteten Soldaten und Zivilisten.

Erkennen Sie, daß die Lage am Golf militärisch nicht zu klären ist. Libanon, Afghanistan und Palästina sind die Beispiele. Selbst eine vernichtende Niederlage Saddam Husseins wäre kein Grundstein für eine friedliche Lösung auf Dauer. Ein Krieg im Nahen Osten löst keine Probleme, sondern schafft nur neue.

Selbstverständlich fordern wir vom Irak:

- Den Rückzug aus Kuwait sowie die Selbstbestimmung für das Land!
- Die Freilassung aller Geiseln!
- Den Stopp der menschenverachtenden Politik des Diktators!

Aber wir fordern auch von Ihnen, den Verantwortlichen der westlichen Militärs:

- Widerstehen Sie dem Gefühl der militärischen Überlegenheit; führen Sie nicht leichtfertig Krieg!
- Verhandeln Sie im Bewußtsein dessen, was ein ABC-Krieg bedeutet; nutzen Sie bedingungslos jede Chance für eine diplomatische Lösung!
- Führen Sie den Kampf an der Wirtschaftsfrente; ein isolierter Irak kann nicht überleben und sich auch nicht weiter aufrüsten!

In ernster Sorge um den Frieden und um das Leben von Millionen Soldaten und Zivilisten,

UNIMUT

ZEITUNG DER

UNI

HEIDELBERG

Nr. 28

Auflage 2000

5. 12. 1990

Ein neues Möbel für Heidelberg?

FSK schlägt "Runden Tisch" für Heidelberg vor

Wenn auch niemand mehr etwas von der alten DDR wissen will, wenn auch nach ihrer Einverleibung durch die BRD dort möglichst schnell alles so werden soll, wie es hier schon immer war, wenn sich auch Scharen von Beamten mit Pioniergeist in die unwegsamen Wildnis der FNL begeben, um dorthin unseren administrativen Apparat zu exportieren, eine Errungenschaft der sog. Revolution läßt auch hier im Westen BürgerInnenherzen höher schlagen und bringt ihre Augen zum Glänzen. Es ist jenes neue Möbel, der Runde Tisch. Es klingt ja wirklich ganz nett: sich endlich mal an einen Tisch setzen, die ideologischen Vorbehalte kurz suspendieren, sich gemeinsam um brennende Probleme kümmern, den Schulteranschlag in der produktiven Auseinandersetzung suchen. Kein Wunder, wenn die Pulsfrequenz bei solchen Gedanken steigt. Vielleicht ist hier ja eine neue politische Form gefunden worden, eine alternative zum Parlamentarismus, bei dem Fraktionszwang, Arroganz der Macht und Lobbyismus das Bild bestimmen. Vielleicht lohnt es sich wirklich, dieses Möbel nach Heidelberg zu holen.

Die FSK will dies probieren. In einem offenen Brief an Beate Weber schlägt sie vor, einen Runden Tisch zum Thema "Stadt und Universität" einzurichten. Es soll hier um kommunalorientierte Forschung, um die soziale Lage von Studierenden und anderen sozial Schwachen, um Wahnpolitik und Ökologie gehen. Es stellt sich natürlich die Frage, inwieweit die Situation in Heidelberg es sinnvoll erscheinen läßt, dieses Möbel nach Heidelberg zu holen.

In Polen, wo 1988 der erste Runde Tisch eingerichtet wurde, und in der DDR waren die Voraussetzungen für den Runden Tisch eine breite Volksbewegung und eine Legitimationskrise der Regierung. In Polen wurde der erste Runde Tisch zwar von der Regierung einberufen, doch ging dem eine breite Bewegung von Massenstreiks voraus, die eine Beteiligung der Bevölkerung am Entscheidungsprozeß erzwingen. In der DDR war die Regierung durch die Volksbewegung schon so geschwächt, daß sie sich dem Runden Tisch, der

von Oppositionsgruppen und Kirchen einberufen worden war, gar nicht entziehen konnte. Sobald sich aber neue Regierungen gebildet hatten, wurden die Runden Tische bedeutungslos und lösten sich auf. Die Runden Tische verstanden sich selber als Zwischenlösung bis zur Bildung einer neuen, stabilen Regierung.

Wie sieht aber die Situation in Heidelberg aus, ist sie mit der Lage in Polen, in der DDR zu vergleichen? Hier sitzt gerade ein neues Stadtoberhaupt auf dem OB-Sessel, wegen des guten Wahlergebnisses strotzend vor Legitimation, eine Volksbewegung ist weit und breit nicht zu sehen. Hat ein Runder Tisch in Heidelberg also überhaupt eine Chance? Blöde Frage, natürlich denke ich, daß er eine hat, sonst würde ich diesen Artikel ja gar nicht schreiben.

In der Wahl von Beate Weber als OB zeigt sich eine Unzufriedenheit mit der bisherigen Zundel-Klüngel-Politik, es zeigt sich ein Wille zu politischer Erneuerung. Von Beate Weber erhofft mensch sich, daß sie den frischen Wind bringt, daß sie die Weichen für mehr BürgerInnenbeteiligung bei politischen Entscheidungen stellt, in der Wahl von Beate Weber kommt der Wunsch nach mehr Offenheit in der Heidelberger Kommunalpolitik zum Ausdruck.

Diese Erwartungen äußern sich bisher allerdings eher diffus, es wird halt gehofft, daß mit Beate Weber alles besser wird. Hier kann der Runde Tisch eine Form, eine Struktur bieten, um diese Erwartungen zu realisieren. Ohne eine Struktur der Offenheit steht zu befürchten, daß die Hoffnungen auf Erneuerung verpuffen, daß der zundelsche Stadtteil-Potentat-Klüngel durch einen Parteiklüngel abgelöst wird, verbunden mit einem Lobbyismus neuer Ausprägung.

Eine Volksbewegung zeichnet sich in Heidelberg zwar nicht ab, aber es zeichnet sich doch ein gewisses Krisenbewußtsein in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Ökologie, Kultur ab. Diese Probleme müssen endlich auf einer breiten Basis diskutiert werden. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß die BürgerInnen die Lösung dieser Problem nicht den PolitikerInnen überlassen wollen, sondern auf stärkere Eigenbe-

teilung drängen. Der Runde Tisch kann für diese BürgerInnenbeteiligung eine Struktur bieten.

Fazit: Ein Runder Tisch in Heidelberg hat eine Chance, wenn Beate Weber mit ihrem Versprechen einer politischen Erneuerung ernst macht und die BürgerInnen die Bereitschaft aufbringen, sich selbst um ihre Probleme zu kümmern. Na, dann sieht's ja rosig aus. Dann kann's doch eigentlich gleich losgehen, oder? Aber leider wartet die FSK zur Zeit immer noch auf Antwort von Beate Weber und den anderen angeschriebenen Gruppen...

Torsten

P.S. Gerade zu diesem Thema sind LeserInnenbriefe, Diskussionsbeiträge, Anregungen, Kritik,... herzlich willkommen.

EDITORIAL

Diesmal, wie versprochen, ein prall gefülltes Sehtest-UNIMUT. Ohne Atempause: nächstes UNIMUT erscheint am 12. 12. Redaktionsschluß ist am Mo, dem 10. 12., 13:00. Beiträge bis dahin sehnlichst erwartet. Kontakt: Gerald, 475 110, Till, 765 692 oder Kasträ, 542 456/7. Der angekündigte Kommentar zur Bundestagswahl: Zickezacke-Hühnerkacke.

Gerald & Till

MULTIKULTURELLES FRÜHSTÜCK IM KASTRA (Lauerstr. 1)

Am Samstag, 15.12.90, 11⁰⁰ Uhr, lädt das AusländerInnen-Referat des KASTRA alle ausländischen Studierenden zu einem Frühstück ein. Bei Frischen Brötchen und Kaffee sollen die spezifischen Probleme von AusländerInnen zur Sprache kommen und erste Kontakte geknüpft werden. Wir stellen uns vor, daß sich hieraus regelmäßige Stammische, Treffs etc. zwischen Aus- und InländerInnen ergeben. Deutsche Studis, die Lust zu solchen gemeinsamen Unternehmungen haben, sind beim Frühstück auch herzlich willkommen!

Wer Steine wirft, der frißt auch kleine Kinder !

Unser Umgang mit Gewalt und Feindbildern

In der Schule haben wir gelernt: Wenn der Staat Gewalt ausübt, so ist dies keine profane Gewalt, sondern eine ganz legitime, "strukturelle" Gewalt, gleichsam ein "heiliger Krieg" im Auftrag der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, für dessen Ausübung sich die jeweils amtierende Regierung mittels Kreuzchen-Machen-Lassen eine Lizenz (Monopol) besorgt hat. Das staatliche Gewaltmonopol scheint in erster Linie eine staatliche Garantie für Ruhe und Ordnung im Inland zu sein, wird aber vor allem als Repressionsinstrument eines internationalen "Staatsterrorismus" mißbraucht, der entweder direkt von staatlichen Institutionen betrieben wird (CIA/Cile/Allende-UDSSR/Afghanistan ...), oder in der wohlwollenden staatlichen Duldung und Unterstützung von Rüstungsgeschäften, (Blut-)Geldwäsche im großen Stil oder Ressourcen- und Menschenausbeutung in der Dritten Welt seinen Ausdruck findet. Mit diesen massiven, abstrakten Formen der Gewalt können die Steinwürfe einiger Hausbesetzer(-sympathisanten), was ihre moralische Verwerflichkeit betrifft, nicht annähernd konkurrieren (sollte man/Frau meinen), und dennoch wird Hierzulande ein irrsinniges Geschiß gemacht, wenn staatlich verantwortete soziale Probleme sich in angestauten Frustrationen entladen, nicht aber, wenn die institutionalisierte Gewalt verheerend wütet.

Moral und Nutzen

Noam Chomsky, Sprachwissenschaftler & Philosoph am Massachusetts Institute of Technology, hat unlängst auf einem Vortrag in Hamburg insbesondere am Beispiel der U.S.A. die Rolle internationaler staatlicher Gewaltausübung thematisiert. Chomsky resümiert, daß der Einsatz von Gewalt im großen Maßstab auf eine erstaunlich hohe Akzeptanz bzw. Toleranz bis hinein in kritische Kreise der Bevölkerung stößt, weil er sich lohnt: Die Akzeptanz von Gewalt orientiert sich an einem erfolgsorientierten Leistungsprinzip des Gewaltgebrauchs. Einen Krieg, der hunderttausende von Menschen ins Elend stürzt, kann man "gewinnen". Selbst im Bewußtsein der direkt Betroffenen steht der "Sieg" meist höher als der individuelle Schmerz (->Irak!). Der Krieg kann deshalb eine durchaus gute ("gerechte") Angelegenheit sein. Der oben angesprochene Nutzen der Gewalt wird in diesem Fall anhand eines ideologischen Bewertungsrasters beurteilt; analog existiert auch ein materielles Raster, ein "Preis-Leistungs-Verhältnis" der Gewalt. Krieg oder andere Formen kollektiver Gewalt sind legitim, wenn sie materielle Interessen sichern. Man/Frau denke nur an "unser" Öl im Golf. Leichtfertig geht der Politik die Forderung nach einer militärischen Beteiligung deutscher Soldaten am potentiellen Krieg im nahen Osten über dieselben Lippen, die ansonsten bereits empört vibrieren, wenn die Gazetten eine zertrümmerte Warenhaus-Fensterscheibe melden. Der Kratzer im Lack des nagelneuen Bonz erregt die Gemüter bis zum Zerreißen; der Einsatz von deutschem Giftgas bei den Programmen in Kurdistan löst dagegen nur bescheidene Empörung in der Öffentlichkeit aus.

Gewalt, die vielen nützt, läßt sich ertragen, denn das Gewissen, auf dem sie lastet, ist im Zweifelsfall doch nur den materiellen Anreiz wert, mit welchem es sich bestechen läßt! Moral geht durch den Magen, weniger durch den Kopf! Das erklärt, warum das vergleichsweise lächerliche Gewaltpotential einer nächtlichen Straßenschlacht zum Gewaltereignis des Jahres hochstilisiert und mit schallender Empörung verurteilt wird, während gleichzeitig Völkermord als abstrakte Begleiterscheinung staatlicher Wirtschafts- und Außenpolitik hingegenommen wird. Die Gewalt der Hausbesetzer und ihrer Sympathisanten ist aus der Perspektive der Mehrheit unnütz. Der gängige Sprachgebrauch belegt sie mit der Vokabel "sinnlos". Hingegen ist der Export von Mordwaffen gegenüber der Frage nach dem Sinn immun. Er steigert das Bruttosozialprodukt.

Rechtsmechanik Warum werden Häuser geräumt?

Die Einheitsfront der Massenmedien ist denn auch einer Meinung: Nachdenken über Ursachen und Hintergründe von Gewalt ist völlig überflüssig, wenn Gewalt "politisch motiviert" ist. Dann ist nur eines gefragt: Die schnellstmögliche Wiederherstellung des status quo, der legitimen Zwangsordnung, des "Rechtsfriedens", auch wenn hierzu das Gewaltmonopol

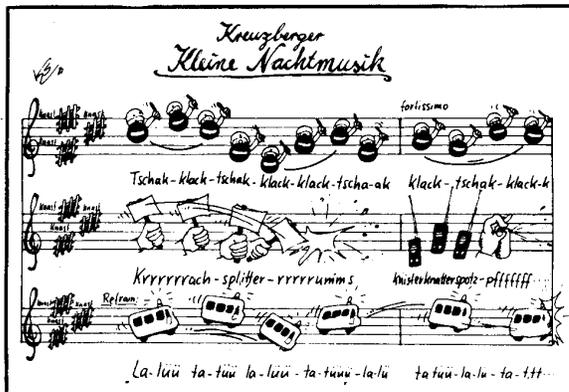
des "friedliebenden" Staates ganz knüppeldick-handgreiflich voll ausgeschöpft werden muß, und sich die Sicherung des "Rechts" letztlich als staatliche Verteidigung von -im Wortsinne- schäbigem Eigentum entpuppt. Die "Berliner Linie" des SPD/AL-Senats sah Hausräumungen für den Fall vor, daß "der Eigner eines besetzten Hauses Strafantrag stellt" und daß er sich durch die unfreiwilligen Bewohner an "einer sinnvollen Kapitalverwertung" gehindert sehe.

Allein in Ost-Berlin stehen etwa 20000 Wohnungen (FR) leer. Diese bislang von "volkseigenen" Gesellschaften verwalteten Wohnungen werden nun von nicht mehr volkseigenen, dubiosen neugegründeten "GmbHs" "übernommen". So entsteht Eigentum. Diese GmbHs haben natürlich überhaupt kein Interesse, die völlig vergammelten Häuser zu sanieren und befinden sich deshalb sozusagen in der Rolle eines abwartenden Schrotthändlers: Irgendwann werden West-Investoren den Wohnungs-Schrott (die Grundstücke) aufkaufen und abreißen und es wird profitabler Wohn- und Gewerberaum entstehen. Das kann allerdings dauern... Solange haben diese Wohnungen über die Eigentumsfunktion hinaus, keinen anderen Zweck. Wir lernen hier, daß die "sinnvolle" Kapitalverwertung bereits im Besitz von Eigentum besteht, und: Daß bereits die Erwartung einer sinnvollen Kapitalverwertung einer anderen sinnvollen Nutzung von leerstehendem Wohnraum qua Rechtsgrundlagen den Garaus macht. Ein Triumph der eindimensionalen Vernunft!

Die in juristischen Angelegenheiten sicher nicht besonders bewanderten "Chaoten" halten mit gesundem Menschenverstand dagegen: Warum sollen wir nicht, wenn diese Wohnungen leerstehen und wir kein Dach überm Kopf haben, diese Wohnungen insandstehen und drin wohnen? Das ist natürlich viel zu einfach gedacht! Denn: Wenn es um die Garantie des heiligsten aller Rechte, des Eigentumsrechts, geht, dann darf der Staat "nicht nachgiebig" sein, sonst würden ja die Armen und Wohnungslosen überall die auf die Gelegenheit einer sinnvollen Kapitalverwertung wartenden GmbHs beim Warten stören! Also beauftragt der Staat schließlich die Sachwalter des Rechtsfriedens, mit gepanzerten Fahrzeugen, Wasserwerfern, Tränengas, "Blind- und Schockgranaten", Knüppeln, Helmen, Gasmasken und Entschlossenheit das Eigentum zu schützen, auch wenn dieses dabei kaputtgemacht wird.

Medien-Meinungsmache

Jenseits von Fragen nach der Vernünftigkeit solcher Rechtsautomatismen, fällt das öffentliche moralische Urteil über Gut und Böse, Schuld und Unschuld natürlich ganz einfach aus. Die Rolle der Bösen ist ja von vornherein vergeben. Moral von dieser Qualität ist ein medienvermitteltes Massenprodukt: Das Fernsehen lehrt uns, was gut und böse sei. Gut ist Frau Sommer, weil sie ihre Freundin vorm Seelennunheil der falschen Kaffeewahl bewahrt. Böse ist der hetzende Kabarettist. Ihm stellt man den Strom ab. Gut ist, wer auf die Bösen schießt. Böse ist, wer die Guten daran hindert. Es empört sich der Philister



über den fiktiven Tod von Nachbars Lumpi, während gleichzeitig Killer-Kommandos in Kolumbien, Chile, Südafrika oder sonstwo in vom Westen gestützten Diktaturen im Auftrag der Machthaber wahllos morden. Gewalt kann ganz schön unterhaltsam sein! Sie bereichert unsere Alltagsidylle, weil wir sie in sicherer Distanz wissen. Wir exportieren Waffen und schauen uns dann das geile Geballer auf der Mattscheibe an. Die unvermeidliche "Empörung" ist Produkt einer Inflation von Pseudo-Emotionen.

Über die den Hausbesetzern unterstellte "Gewaltgeilheit" ist der Bürger nicht erhaben! Sie ist ein Alltagsphänomen. Sie kennzeichnet den Verkehr auf der Straße wie den im Ehebett. Ihr Objekt steht in der Videothek um die Ecke abholbereit im Regal. Was den Bürger vom "Chaoten" unterscheidet, ist, daß der Bürger es nicht wagt, selbst Hand anzulegen. Er delegiert sein Gewaltbedürfnis lieber: "Die sollte man an die Wand stellen...". Deshalb wird schließlich der, der hart durchgreift, auch gewählt!

Feindbild

Wie es sich für ein volksverbindendes gesellschaftliches Feindbild ziemt, werden die Bösen ihrer menschlichen Eigenschaften beraubt. Wir haben es mit "militanten", "gewaltgeilen", "tötungsbereiten" Individuen zu tun, die den lieben langen Tag nichts anderes tun, als "zentrnerschwere Gehwegplatten" auf 5stöckige Häuser tragen und "Brandbomben" basteln. Der Südwestfunk weiß zu berichten, daß die Krawallmacher zunächst "Gräben", dann "tiefe Gräben" und schließlich "metertiefe Gräben" ausgehoben haben. Das können keine Menschen sein! Entsprechend richtet das Bürgerurteil: "Da sollte man midm MG druffballern", "Arbeitslager" ... Differenziert wird nicht: "Alle gleich...", Chaoten sind Un(ter)-menschen. Die Mathematik der öffentlichen Urteilsfähigkeit kommt mit den Grundrechenarten aus:

Hausbesetzer = Chaos

Chaos = böse

Chaos + böse = Knüppelausdecksack

Knüppelausdecksack + "Berliner Linie" = Rechtsfrieden + Ordnung.

Die Ziele der Chaoten seien "privatistisch" (Momper). Soso! Momper muß es wissen! Die Politiker, die am besten über die Chaoten bescheid wissen, haben die Chaoten schon einmal im Fernsehen gesehen! Im Übrigen redet man nicht mit Chaoten: "Wir verhandeln nicht mit Gewalttätern" (Pätzold). So schließt sich der Kreis der Vernunft: Weil Chaoten böse Gewalttäter sind, keine Lizenz (Gewaltmonopol) haben, und man, weil sie Gewalttäter sind, nicht mit ihnen redet, weiß man, das Chaoten böse sind. Deshalb läßt man die Hausbesetzer = Chaoten von bis an die Zähne bewaffneten Hundertschaften "friedlich" aus den besetzten Häusern rausknüppeln, ist dann baß erstaunt, wenn frustrierte Chaoten zurückknüppeln, was ja nicht vorauszusehen war!, und muß schließlich mit noch mehr Hundertschaften und Bürgerkriegsmaterial unbedingt "den Rechtsfrieden wiederherstellen". Hätte man die Häuser nicht geräumt, wäre kein Tropfen Blut geflossen. Es lebe die Vernunft! Der Kampf geht weiter!

TILL